

Die provisorische n.ö. Landesversammlung (1918—1919)

Am 5. November 1918 traten die seinerzeit gewählten Abgeordneten mit Ausnahme derer der Großgrundbesitzerkurie zur ersten Sitzung der provisorischen Landesversammlung zusammen. Den Vorsitz führte für den zurückgetretenen Landmarschall Prinz Liechtenstein der Landmarschallstellvertreter Johann Mayer. Bei den Wahlen wurden Leopold von Steiner zum Landeshauptmann und die Abgeordneten Sever und Mayer zu Landeshauptmannstellvertretern gewählt, Eisenhut und Karpfinger in den Ernährungsausschuß, Eisenhut und Wedra in den Finanzausschuß.

Am 2. April 1919 stimmte man der Trennung von Bogenneusiedl und Streifing zu.

Die Landeswahlordnung führte das Verhältnis- und Listenwahlssystem ein und sah für das Viertel unter dem Manhartsberg 12 Landtagsabgeordnete vor.

Die 11. Wahlperiode (1919—1921)

Die Wahl wurde am 4. Mai 1919 durchgeführt und machte die Sozialdemokraten zur stärksten Partei des Landtages.

DIE ABGEORDNETEN:

Johann Mayer (aus Bockfließ, christlichsozial)
Matthias Göstl (aus Laa a. d. Th., christlichsoz.)
Josef Anton Heß (aus Bernhardsthal, christlichsozial)

Die übrigen 9 Abgeordneten des Weinviertels hatten außerhalb des Bezirkes Mistelbach ihren Wohnsitz und werden daher hier nicht erwähnt (z. B. Andreas Karpfinger von Markgrafneusiedl sowie die großdeutschen und sozialdemokratischen Abgeordneten).

Matthias Göstl war Tischlermeister und Wirtschaftsbesitzer in Laa a. d. Th., wo er am 7. August 1868 geboren worden war. Nach der Schule und Lehrzeit besuchte er einen Meisterkurs an der Staatsgewerbeschule in Wien und ließ sich in seiner Heimatgemeinde nieder. Von 1903—1915 war er Vorsteher der Baugewerbegegenseinschaft, von 1908—1914 Obmann des gewerblichen Fortbildungsschulrates, seit 1910 Obmann des Bezirksarmenrates und Verwalter des Bezirksarmenhauses in Laa. Nach dem Kriege wurde er Vizebürgermeister von Laa, Obmannstellvertreter des dortigen Lagerhauses und Geschäftsführer des Bezirksbauernrates. Von 1919—1927 gehörte er dem n.ö. Landtag an. Hier fungierte er als Schriftführer, Mitglied verschiedener Ausschüsse und als Obmann des Finanzkontrollausschusses.

Josef Anton Heß wurde am 13. März 1871 in Bernhardsthal geboren, besuchte die Volksschule, das Gymnasium, die Höhere Landwirtschaftliche Lehranstalt in Mödling und die Hochschule für Bodenkultur. Nach verschiedenen Reisen war er in der Pferdezuchtteilung des Ackerbauministeriums tätig. Im Jahre 1906 übernahm er die elterliche Wirtschaft. Er wurde Gemeinderat in Bernhardsthal, Mitglied des Bezirksschulrates Mistelbach und anderer Körperschaften. Von 1919—1934 gehörte er dem n.ö. Landtage an, wo er Mitglied des Wirtschaftsausschusses (von 1919—1921 dessen Obmann) und des Schulausschusses war.

BEZIRKSANGELEGENHEITEN:

Am 20. Mai 1919 wurde Abgeordneter Johann Mayer als Landeshauptmannstellvertreter wiedergewählt.

Am 4. Juni 1919 interpellierten Abgeordneter Heß und Genossen den Landeshauptmann wegen der politischen Strafen für Landwirte wegen zu geringer Milchablieferung. Die Bauern müßten für Milch das dringend benötigte Petroleum eintauschen.

Am 1. Oktober 1919 genehmigte der Landtag die Trennung von Oberkreuzstetten und Hornsburg, die Trennung von Zwentendorf und Wenzersdorf, die Gemeindeumlage in Hautzendorf für 1919, die Gemeindeumlage in Oberkreuzstetten für 1919, die Gemeindeumlage in Bogenneusiedl für 1919 (150%), die Gemeindeumlage in Streifing für 1919 (150%), die Trennung von Kronberg und Riedenthal, die Trennung von Grafensulz und Garmanns und die Trennung von Manhartsbrunn und Pföding.

Am 22. Oktober 1919 fragten Abgeordneter Heß und Genossen den Landesrat über die Erfahrungen mit dem eingeführten ungeteilten Vormittagsunterricht.

Abgeordneter Göstl vertrat den Dringlichkeitsantrag auf bevorzugte Zuteilung von Kohle an die Schmiede.

Am 4. Dezember 1919 beschloß der Landtag die Teilung Ladendorf und Eggersdorf in selbständige Ortsgemeinden.

Am 17. Dezember 1919 wurden Enzersdorf bei Staatz 31.000 K und Walterskirchen + Ginzersdorf 55.000 K Subventionen zur Durchführung von Arbeiten nach dem Meliorationsgesetz bewilligt.

Am 10. Februar 1920 brachte der Landeshauptmann ein Telegramm des Bürgermeisters Rabensburg zur Kenntnis, worin gegen die Abtrennung des March-Thaya-Dreieckes protestiert wurde, da Rabensburg so von Brennholz und Wiesen abgeschnitten und mit 40 anderen Orten ruiniert werde. Ein Telegramm ähnlichen Inhaltes von der Gemeinde Bernhardsthal (Bürgermeister Michael Ertl) wurde am 9. März 1920 verlesen.

Am 11. März 1920 protestierte das Bürgermeistersamt Rabensburg telegrafisch an den Landtag auf das entschiedenste gegen den Plan, anstelle von Feldsberg die Gemeinden Bernhardsthal und Rabensburg an die Tschechoslowakei abzutreten.

Der Landtag genehmigte an diesem Tage: Für Gr. Enzersdorf die Bierumlage von 3 K für die Jahre 1920—1922; für Laa die Beerdigungsgebühr von 45 K 20 h pro Person; für Mistelbach eine Wasserleitungsgebühr von 15 h (bisher 4 h pro hl; im Jahre 1919 betrug der Abgang 19.799 K); für Bockfließ die Wasserleitungsgebühr; die Trennung von Pürstendorf von Niederleis; für Bogenneusiedl eine Gemeindeumlage von 300%, für Münichsthal 298%, für Poysdorf 220%; die Abtrennung der Gemeinde Friebritz von Hagenberg; die Totenbeschaugebühr von 10 K in Wolkersdorf; sowie den Nachtragskredit für die n.ö. Landessiechenanstalt Mistelbach im Ausmaß von 200.000 K.

Am 24. April 1920 stimmte der Landtag den folgenden Anträgen zu: Getränkeumlage auf Wein in Mistelbach; Gemeindeumlage von 250% in Olgersdorf, von 800% in Garmanns, von 215% in Hörersdorf und von 280% in Mistelbach; ferner die Umlagen der Bezirksstraßenausschüsse: Feldsberg 100%,